



Medienmitteilung – Petition

Junge SVP lanciert nationale Wolfspetition

Rettung der Alpwirtschaft: Höchstgrenzen für die Wolfsbestände in der Schweiz

Die Junge SVP der Kantone Tessin, Schwyz, St. Gallen, Zürich, Nidwalden, Graubünden und Oberwallis warnt vor einer unkontrollierten Ausbreitung des Wolfes in der Schweiz und lanciert eine nationale Petition für eine klare, transparente und handlungsfähige Wolfsregulierung. Während 2020 noch von rund 11 Rudeln und etwa 100 Individuen ausgegangen wurde, sprechen aktuelle Angaben für 2026 von 43 Rudeln und über 350 Wölfen; die Verbreitung reicht inzwischen in Voralpen, Alpen, Jura und periurbanen Gebieten des Flachlandes. «Der Wolf ist nicht mehr nur ein alpines Problem; auch Regionen wie das Zürcher Oberland kennen das Tier und müssen geschützt werden», sagt die Sektion Zürich. Aus Graubünden: «Im Kanton gibt es heute 11 Rudel — fast so viele, wie die Strategie des Bundes für die ganze Schweiz vorsieht.»

Die Schäden sind spürbar: Im Zeitraum 1.11.2024–31.10.2025 wurden vom Bund 808 Tiere entschädigt; diese Zahl erfasst nur die offiziell anerkannten Fälle. Auch dieses Jahr verursacht der Wolf grosse Schäden. «Allein im laufenden Jahr meldete der Kanton Tessin bereits 65 getötete Tiere. Die Lage ist ernst», meldet die Sektion Tessin. Während Schafverluste seit 2022 zurückgehen, nehmen Angriffe auf wirtschaftlich wertvollere Tiere wie Rinder, Kälber und Ziegen zu. Der finanzielle Schaden der Landwirte nimmt nicht ab.

Die Alpwirtschaft ist aber nicht nur Weideflächen: sie ist lebendiges Kulturgut, Beschäftigungsquelle und Tourismusfaktor; für die Jugend bietet sie heute aber keine langfristige Berufsperspektive mehr, wegen zunehmender Risiken und Kosten, auch durch den Wolf. «Unsere Alpen dürfen nicht zu Postkarten werden — ohne klare Regeln verlieren ganze Täler Identität und Einkommen», warnt die Sektion Oberwallis.

Die Schutzmassnahmen — elektrische Zäune, Herdenschutzhunde, Nachtpferche und mobile Infrastruktur — werden mit Bundesmitteln von rund 10 Mio. CHF pro Jahr unterstützt; Kantone, Gemeinden und Private tragen zusätzliche, oft nicht erfasste Kosten. «Der Kanton St. Gallen schützt die Herden mit zusätzlich fast 1 Mio. CHF pro Jahr, aber eine Nutzentransparenz gibt es nicht», meldet die Sektion. «Wenn Bund, Kantone und Bürger in finanziellen Schwierigkeiten sind, ist der Wolf ein Luxus, den wir uns nicht leisten können», sagt die Sektion aus Nidwalden.

Zudem sind die aktuellen Bewilligungsverfahren für Abschüsse zu langsam und zu komplex. «Das Risiko von illegalen Abschüssen nimmt zu; wir brauchen klare, schnelle Entscheidungswege», fordert Schwyz. Die Sektion Jura ergänzt: «Es ist höchste Zeit zum Handeln. Im Jura sehen wir erste Anzeichen einer Etablierung — jetzt handeln, bevor auch bei uns Rudel und grössere Schäden entstehen.»

Vor diesem Hintergrund fordert die Junge SVP mit ihrer Petition drei klare Massnahmen:

- **Landesweite Höchstgrenze von 12 Rudeln** Einführung eines verbindlichen, landesweiten Höchstbestands von 12 Rudeln, wie ihn der Bund zur Sicherung des Fortbestands empfiehlt. Dieser Grenzwert soll den langfristigen Erhalt der Art gewährleisten und zugleich die Existenzgrundlagen der Berg- und Weidewirtschaft schützen. Um eine rasche Umsetzung dieser Obergrenze zu gewährleisten, fordern wir, dass die bereits in Bern eingereichten Motionen und die kantonale Initiative unverzüglich angenommen und in konkrete Gesetzesänderungen umgesetzt werden, damit die Obergrenze so schnell wie möglich in Kraft treten kann.



- **Klare, schnelle Eingriffsverfahren** Einheitliche Kriterien, kurze Entscheidungswege und rechtssichere Abläufe für das Entfernen von Wölfen, damit Kantone rasch und verantwortbar handeln können.
- **Volle Kostentransparenz** Offenlegung aller direkten und indirekten Ausgaben des Wolfsmanagements (Bund, Kantone, Gemeinden, Private), inklusive Entschädigungen, Schutzinfrastruktur, Arbeitsstunden und indirekter wirtschaftlicher Verluste.

Die Junge SVP ruft die Bevölkerung auf, die Petition zu unterschreiben, damit Bundesrat und Parlament endlich wirksam regulieren, Transparenz schaffen und handlungsfähige Verfahren umsetzen.

Hier geht es zur Petition:



Deutsch: openpetition.org/kqhwb

Französisch: openpetition.org/wkxvv

Italienisch: openpetition.org/nzfns

Medienkontakte: